

der Ausstellungsrechte der Spartassen und Sozialversicherungsträger ermäßigt sich dieser Betrag um rund 42 Millionen, so daß schließlich zur ordentlichen Tilgung 965,8 Millionen Ausstellungsrechte bleiben. Diese sind im Verlauf von 30 Jahren mit dem fünfjährigen Nennbetrag mit 4 1/2 vom Hundert Zinsen vom 1. Januar 1926 an einzulösen. Das erfordert 30 Jahre hindurch eine Aufwendung von jährlich 240 Millionen. Ferner liegen am 30. September d. J. Vorzugsrenten im Jahresbetrage von 71 1/2 Millionen. Für die nächsten Jahre rechnet man mit je rund 72 Millionen. Die Wohnfahrtsrenten sind mit einem Betrag von annähernd 10 Millionen 15 Jahre hindurch zu zahlen. Die fortdauernde Belastung des Reiches durch die Anleiheablösung wird daher bis auf weiteres etwa 322 Millionen jährlich ausmachen.

Neuer englischer Vorschlag für die Abklärung zur See

London, 22. November

Die englische Regierung ist mit dem Entwurf eines neuen Marineabstützungsvorschlags beschäftigt. Im Unterhaus teilte der Untersekretär des englischen Auswärtigen Amtes mit, daß die englische Regierung zurzeit die Antwort auf die Notizen vorbereite, die Amerika und Japan in Beantwortung des englisch-französischen Marinekompromisses geschickt hätten. Die Antworten würden schon in Kürze abgeschickt werden, sobald sie in den Händen der beteiligten Regierungen seien. Auf eine Zwischenfrage teilte der Marineminister Bridgeman mit, daß keinerlei „Maschinerie“ bestünde für Beratungen zwischen dem englischen und dem französischen Admiralstab über Verteidigungsangelegenheiten. Die dem Kriege existierende Maschinerie sei „liquidiert“ worden.

Großer Finanzskandal in Paris

Hochstehende Beamte schwer belastet

Paris, 22. November

Die „Bolonté“ berichtet heute von einem ungeheuren Finanzskandal, dessen restlose Klärung zweifellos einige hochstehende Beamte des französischen Finanzministeriums auf schwerste Kompromittieren dürfte. Im Jahre 1925 war eine Gesellschaft gegründet worden, deren Aktienwert aus steuerlichen Rücksichten viel zu niedrig angesetzt wurde. Als der Betrag ruckbar wurde, sollen sich auch Beamte des Finanzministeriums bemüht haben, die Angelegenheit stillschweigend zu regeln. Es ergab sich, daß die Gesellschaft für ihre 240 000 Anteile einschließlich der Gelddiener, die wegen der Beschlüsse eigentlich zu fordern gewesen wäre, dem französischen Staat rund 100 Millionen Franken schuldet. Die an den Maschineristen beteiligten Beamten des Finanzministeriums nahmen ihren Abschied. Die „Bolonté“ deutet nun aber an, daß auch Herr Cheron an den Schiebungen beteiligt sei.

Niesensbetrug mit gefälschten Statuen alter Meister

Rom, 23. November

Der Mailänder „Corriere della Sera“ bringt aufsehenerregende Enthüllungen über Fälschungen, die von einem Antiquar und seinen Helfershelfern betrieben worden sind. Der Antiquar hat seit Jahren an deutsche, englische und amerikanische Galerien und Privatpersonen für große Summen Statuen verkauft, die alten Meistern zugeschrieben wurden, in Wirklichkeit aber von einem römischen Bildhauer kamen. Für die angeblichen Werke von Donatello, Mino da Fiesole und Vecchiotta, sowie anderen Meistern erhielten die Betrüger Millionen, während der anscheinend ahnungslose Künstler um den Erlös seiner Arbeit betrogen wurde.

Nach dem „Corriere“ wurde zuerst die New Yorker Galerie Fick mittrauisch und beauftragte Detektive mit Nachforschungen, die zunächst ergebnislos verliefen, aber auch das Mißtrauen nicht bebodnen, da die Verkäufer die Herkunft der Kunstwerke nicht nachweisen wollten und konnten. Die Fälschung wurde erst aufgedeckt, als sich der Künstler wegen ausstehender Forderungen an das Gericht wandte. Als ihm einige der in Frage kommenden Werke zu Gesicht kamen, erkannte er darin seine Erzeugnisse und erfuhr, wie er von seinen Auftraggebern betrogen worden war. Eine Madonna von ihm war an einen deutschen Kunstliebhaber für eine Million Lire verkauft worden. Ein Sarkophag, der Mino da Fiesole zugeschrieben wurde, wanderte in das Museum von Boston, eine griechische Gruppe erwarb ein Münchener Museum und eine weitere Statue ein Berliner Museum. Besonders Aufsehen erregte eine mit S. M. gezeichnete Skulptur, die dem Maler Simone Martini (14. Jahrhundert) zugeschrieben wurde und einen Kunstkritiker zu den Vorarbeiten für eine Schrift veranlaßte, die das bildhauerische Talent dieses Malers verherrlichen sollte.

9. Sitzung der Gemeindeberordneten zu Gersdorf

am 22. November 1928

Das Ratkollegium ist vollständig erschienen, von den Berordneten fehlen zwei Mann entschuldigt. Der Zuhörerraum ist überfüllt, man hat sofort das Gefühl, daß etwas los ist.

Vorsteher Uhlmann eröffnet kurz nach 7 Uhr die Sitzung. Man tritt sofort in die Beratung ein.

Wegen des

Einspruchs des Rates

gegen den Beschluß der Berordneten, die Untermiete in den Gemeindefamilienhäusern wieder aufzuheben, hat eine Verhandlung mit dem Siedlungsvorstand stattgefunden, die zu dem Ergebnis geführt hat, daß sich der Siedlungsvorstand vorläufig mit der Weitererhebung einverstanden erklärt. Er hofft auf eine gesetzliche Regelung. Die Treuhänderstelle in Zwickau hat erklärt, daß die Erhebung zulässig ist. Die Kommunisten wenden sich scharf gegen die Erhebung, die der gesetzlichen Grundlage entbehre. G. Klemczak weist auf die Gemeindeordnung hin, nach der die Erhebung von Steuern und Gebühren der ortsgesetzlichen Regelung bedürfe. Nachdem er durch Bürgermeister Scheunemann und Ratmitglied Howitz belehrt worden ist, daß es sich nicht um Gebühren oder Steuern handelt, sondern um die Unterhaltung und Verzinsung des Gemeindebesitzes, wird gegen vier Stimmen beschlossen, sich bei dem Ratsbeschluß zu begeben und den Einspruch als zu Recht bestehend anzuerkennen.

Die Vergebung der nächstjährigen

Mietzinssteuermittel

löst wie alljährlich eine große Debatte aus. Der Finanzausschuß empfiehlt die Errichtung von 13 Wohnungen mit je 5000 Mark Zuschuß durch die Gemeinde und die Bezuschussung von neun Wohnungen, die Private errichten wollen. Der etwaige Rest und etwa weiter eingehende Gelder sollen der Baugenossenschaft und dem Konsumverein zugewiesen werden.

Von Seiten der Kommunisten wird gegen diesen Vorschlag Sturm gelaufen. Sie treten nur ein für Kriegsbeschädigte und Kinderreiche und beantragen, die übrigen 95 000 Mark kommunal zu verbauen. Vor allem wendet sich G. Klemczak scharf gegen die Zuweisung von Geldern an die Baugenossenschaft. Wenn die Baugenossenschaft es fertig bringe, Mieter auf die Straße zu legen, so handele sie schlimmer als der brutalste Hausbesitzer. Einer derartigen Organisation dürfe kein Pfennig bewilligt werden. Außerdem baue die Baugenossenschaft nur Standeswohnungen, die ein Prolet nicht bezahlen könne. Auch die von Privaten errichteten Wohnungen seien zu teuer. Er fängt ein Loblied auf den kommunalen Wohnungsbau. Wenn diese Wohnungen auch noch zu teuer wären, so seien sie den Verhältnissen nach immer noch die Günstigsten.

Gemeinderat Howitz verteidigt den Wohnungsbau der Baugenossenschaft. Die Mieten seien im Verhältnis bestimmt nicht teuer, als in gleichwertigen Gemeindefamilienhäusern. Da nur Mitglieder der Baugenossenschaft diese beziehen könnten, sei selbstverständlich, wer den Bestrebungen der Baugenossenschaft zuwiderhandelt, müsse ausgeschlossen werden und habe kein Recht mehr, Mieter einer Genossenschaftswohnung zu sein. Er vertritt weiter die Meinung, daß der Zuschuß von 5000 Mark pro Wohnung zu niedrig sei, weil das Bauen im nächsten Jahre bestimmt teurer werde. Dem letzteren Vorschlag stimmten mehrere Berordnete zu, um die Wohnungen billiger zu gestalten.

Bürgermeister Scheunemann vertritt die Vorlage des Ausschusses. Es sei wirklich anzuerkennen, wenn es noch Private gebe, die den Idealismus aufbrächten, mit Hilfe ihrer sauer verdienten Groschen Wohnungen zu errichten. Die Gemeinde könne nicht alles kommunal verbauen, weil es fürchtbar schwer sei, die noch fehlenden Hypotheken aufzubringen.

Nach weiterem gegenseitigen Wortwechsel, in dem vor allem bedauert wird, daß die Baugenossenschaft augenblicklich nicht berücksichtigt worden sei, wird dem Vorschlag des Ausschusses gegen vier Stimmen zugestimmt. Danach sollen bezuschusst werden: Kriegsbeschädigter Haug mit 5000 Mark, Kriegsbeschädigter Bräuning mit 5000 Mark, Kinderreicher Vogel mit 5000 Mark, Berginwald Hübich (zwei Wohnungen) 10 000 Mark, Berginwald Schulz (zwei Wohnungen) 10 000 Mark, Johannes Meyer (zwei Wohnungen) 10 000 Mark. Die Gemeinde errichtet 13 eigene Wohnungen mit einem Zuschuß von insgesamt 65 000 Mark.

Nachdem das Bauvorhaben des Berginwald Hübich aus der Mietzinssteuer bezuschusst worden ist, wird dem

Verkauf eines Gemeindegutstücks

an der Erlbacher Straße an Hübich zum Preise

von 1000 Mark gegen die Stimmen der Kommunisten zugestimmt.

Wegen der

Beschleunigung der alten Stallberger Straße

hat die beschlossene Beschleunigung durch den Bauauschuß stattgefunden. Sie hat aber kein anderes Ergebnis gezeitigt. Der Ausschuß steht auf dem Standpunkt, daß ein öffentliches Interesse nicht vorliegt. Er empfiehlt Ablehnung des Gesuchs der Anlieger.

G. Wilhelm bedauert zunächst, daß zu der Beschleunigung nicht die Anlieger mit eingeladen worden sind. Er begründet nochmals deren Ansprüche und hätte gern gesehen, wenn die Gemeinde einen Beitrag zu den Kosten leiste. Er baue die Schiene selbst, aber nur in der Stärke, wie sie für sein Gebäude nötig sei. Wenn den übrigen Anliegern hierbei mitgeholfen werden sollte, müßte die Gemeinde und auch die Anlieger einen Beitrag leisten. Vielleicht könne der Ausschuß nochmals mit den Anliegern verhandeln.

In der Aussprache wird wiederholt betont, daß ein öffentliches Interesse für die Gemeinde nicht vorliegt, zumal die Schiene auf Privatbesitz zu liegen komme. Der Ausschußbeschluß, der eine Ablehnung des Anliegers vorsieht, wird sodann gegen sechs Stimmen angenommen.

G. Gerber bemängelt, daß der Rat den Antrag der letzten Sitzung wegen

Ausdehnung der Kartoffelpende auf sämtliche Knappheitswitwen

nicht voll ausgeführt habe. Er kritisiert weiter, daß die Hilfsbedürftigen mit ihren Anträgen auf Gewährung von Mietzuschüssen erst an den Bezirk verwiesen worden wären. Dies müßte doch die Gemeinde entscheiden können. So dann beantragt er, den Rat zu erjuchen, Mittel für Hilfsbedürftige zur Beschaffung von Heizmaterial zur Verfügung zu stellen. Von Seiten der SPD wird ihm entgegengestellt, daß es der SPD schadet, heute Mittel für derartige Zwecke anzusuchen, nachdem sie gegen den Haushaltplan gestimmt und damit die Mittel auch für die Fürsorgekasse verweigert hätte. Die SPD rechtfertigt ihre Haltung bei der Haushaltsplanberatung. Sie habe genug Wege zur Beschaffung von Mitteln gezeigt, die aber nicht gegangen worden wären. Der Antrag wird schließlich einstimmig an den Rat verwiesen.

G. Wilhelm bringt vor, daß ihm eine von 14 Einwohnern unterzeichnete

Beschwerde

über die letzte Vergebung von Gemeindefamilienhäusern vorgelegt sei. Da er über die Verhältnisse nicht unterrichtet sei, weil er dem Ausschuß nicht angehört, bitte er um Aufklärung. Die Aussprache über diese Anfrage entwickelt sich zur Sensation des Tages. Der Bauauschuß hat die Vergebung der gemeindefamilienhäusern vorgenommen und dabei natürlich nicht alle Wünsche erfüllen können. Es lagen 41 Gesuche vor, während acht Wohnungen vergeben werden konnten. G. Klemczak rechtfertigt seine Haltung im Bauauschuß und damit die Stellungnahme der SPD. Sie habe den Standpunkt vertreten, daß die schlechtesten Wohnungsverhältnisse berücksichtigt werden müßten, während man nach parteipolitischen Richtungen verfahren sei. Vor allem wendet er sich scharf gegen die Zuweisung einer Wohnung an den Gemeindefamilienhaus-Vorsteher und den Wohnungskommissar. Bürgermeister Scheunemann wünscht, daß sich die Berordneten in etwas würdiger Weise einander gegenüberstellen. Den Einsendern empfiehlt er, sich doch an die Verwaltung oder den Rat zu wenden, wenn Aufschlüsse gewünscht werden. G. Klemczak wird entgegnet, daß er auch für die Berücksichtigung seines Schwagers eingetreten sei und damit seinen unparteiischen Standpunkt verlassen habe. Er habe hinterher versucht, für seinen Schwager eine Wohnung zu hanteln. G. Klemczak verwahrt sich gegen diese Unterstellung und bezeichnet G. Göge als einen Lügner. Dafür erhält er einen Ordnungsruf. Nach weiteren gegenseitigen persönlichen Auseinandersetzungen wird der Punkt verlassen und die öffentliche Sitzung damit geschlossen.

In der anschließenden geheimen Sitzung wurde dem Ankauf zweier Grundstücke zugestimmt, auf denen die Spar- und Girokasse voraussichtlich im nächsten Jahre ein eigenes Verwaltungsgebäude errichten will. Auf die Angelegenheit selbst wird, wenn sie spruchreif ist, noch zurückgekommen werden.

Die Sitzung fand erst gegen 1/12 Uhr ihr Ende.

und ist wahrscheinlich tot. Feuerwehren und die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten versehen die Bergungsarbeiten, Gendarmerie besorgt den Sicherheitsdienst.

Prag, 22. November

Im Rimburger Krankenhaus ist der Zugbegleiter Johann Macz als infolge der erlittenen schweren inneren Verletzungen als viertes Opfer gestorben. Das sechsjährige Kind, dessen Begleiterin den Tod fand, erlitt Verbrennungen leichter Grades, da es bei dem Zusammenstoß auf ein Rohr der Dampfheizung zu liegen kam. Das Kind befand sich über eine Stunde unter den Trümmern. Bisher wird ein Handlanger vermisst, von dem man annimmt, daß er unter den Trümmern eines Güterwagens liegt. An der Unglücksstätte hat sich auch eine Gerichts-

kommission eingefunden. Um 11 Uhr nachts waren als Opfer der Katastrophe in Rimbürg vier Tote und zwölf im Krankenhaus befindliche Verletzte zu verzeichnen. Eine Person wird noch vermisst. Der Lokomotivführer und der Fahrer des Güterzuges retteten sich durch Abspringen, wobei sie leichtere Verletzungen erlitten. Das „Prager Tagblatt“ berichtet: Die unmittelbare Schuld an dem Unglück trägt der Zugführer des Güterzuges. Tatsächlich ist es jedoch die mangelhafte technische Ausrüstung der Station. Obwohl Rimbürg einen sehr starken Verkehr hat, fehlen ihm elektrische Blockierungsanlagen. Die Weichen müssen, wie seinerzeit in Seib, durch Handbetrieb bedient werden. Hätte Rimbürg eine Blockierungsanlage, so hätte das Signal auf Halt zeigen müssen, und der Güterzug hätte nicht abfahren können.

Neuer Mazedoniermord in Sofia

Sofia, 22. November

Am Mittwochabend wurde in Sofia ein neuer Mazedoniermord verübt. Drei unbekannte Männer drangen in eine Getreidehandlung ein, töteten den Geschäftsführer durch Revolvererschüsse und verletzten den 60-jährigen Mazedonier Naum Beloff tödlich. Beloff, der frühere Inspektor der Geheimpolizei, war zurzeit Vorsitzender des Ohrida-Emigrantenbundes und erließ als solcher nach der Ermordung Protogeroffs im Namen der Ohrida-Emigranten, denen Protogeroff angehörte, einen scharfen Protest gegen den Mord. Die Attentäter entkamen unerkannt.

Die Meldung der Belgrader Presse, daß elf Anhänger Protogeroffs durch Mihaloff ermordet worden seien, findet hier keine Bestätigung. Die hiesigen Anhänger Protogeroffs erklären, daß sie von einer solchen Mordtat etwas wissen müßten.

Kleine Meldungen

Ein Niesenschwindel in Berlin aufgedeckt

Berlin, 22. November

Wie die „Nachtausgabe“ meldet, beschäftigt sich das Betrugsdezernat der Berliner Kriminalpolizei seit mehreren Tagen mit der Aufklärung eines Schwindelmannövers, durch das eine Anzahl Berliner Kaufleute um erhebliche Summen geschädigt worden ist. Die Betrüger befinden sich augenblicklich in Gewahrsam des Polizeipräsidiums und werden voraussichtlich noch im Laufe des Tages verhaftet werden. Es handelt sich um fünf Personen. Das Verbrechen, dessen die Mitglieder des Konfortiums beschuldigt werden, ist der als „Einspionenschwindel“ bekannte Betrug. Sie sollen unter verschiedenartigen Firmennennungen in mehreren Teilen der Stadt Geschäfte eröffnet, Kommissionsware in großen Mengen angekauft und dann zu Schieberpreisen veräußert haben. Die Geschäfte gingen der Reihe nach in Konkurs, wobei die Gläubiger immer wieder leer ausgingen, da keinerlei Aktiva vorhanden waren. So haben die Betrüger für 150 000 Mark Staubsauger gekauft und dann für die Hälfte des Ladenpreises veräußert. In einem zweiten Fall handelte es sich um mehrere Waggons Benzin, das anstatt mit 35 Pfennige für das Liter mit nur 20 Pfennig an den Mann gebracht wurde. Ein ganz groß angelegtes Betrugsmanöver, das sie bei der Reichsmonopolverwaltung durchführen wollten, wurde im letzten Augenblick vereitelt.

Ausbruch aus der Strafanstalt Brandenburg

Berlin, 22. November. Wie ein hiesiges Blatt aus Brandenburg meldet, sind in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag aus dem Strafanstaltsneubau Görden der Strafanstalt Brandenburg vier Strafgefangene entwichen. Wie weiter gemeldet wird, kam es in der Brandenburgischen Strafanstalt zu Lärmjahren der Gefangenen in den Schlafsälen. Die Ruhe konnte erst durch scharfe Maßnahme wiederhergestellt werden.

Nicht Politik, sondern Ehebruch

Berlin, 22. November. Nach einer Blättermeldung kam es am Mittwochabend in der Wassertrasse zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Dabei wurden zwei Kommunisten verletzt. Einer der Verletzten wurde in lebensgefährlichem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert. Nach den Aussagen einiger Zeugen soll der Schwerverletzte, ein Arbeiter Krelsch, erst hinzugekommen sein, als die Schlägerei bereits in vollem Gange war. Allem Anschein nach ist er von einem Kommunisten, den er einmal aus einer Stellung verdrängt hatte und zu dessen Frau er Beziehungen unterhielt, niedergeschossen worden. Dieser persönliche Feind scheint das Getümmel bei der Schlägerei benutzt zu haben, um Rache zu nehmen. Die Polizei fahndet nach ihm. Er ist aber seitdem spurlos verschwunden.



Schwerer Unfall des Prager Schnellzuges

Rimbürg, 22. November

Der Schnellzug 24 der Strecke Prag—Znaim, der um 3.44 Uhr nachmittags von Prag-Denisbühnhof abgeht, fuhr heute um 14.40 Uhr im Bahnhof von Rimbürg auf einen rangierenden Güterzug auf. Beide Lokomotiven, ein Dienst- und ein Personenzug des Schnellzuges wurden schwer beschädigt. Von den Reisenden des Schnellzuges wurden zwei Frauen und ein Kind getötet und ungefähr 30 Personen verletzt, darunter acht schwer. Außerdem befindet sich ein Eisenbahnangestellter unter den Trümmern des beschädigten Wagens